

Staat in der „Indexfalle“

Handelskammer fordert Desindexierung der öffentlichen Ausgaben

c.- Angesichts der sich anbahnenden gefährlichen Schiefelage in den Staatsfinanzen mahnt die Handelskammer in ihrem Gutachten zur Budgetvorlage 2006 umgehend strukturelle Reformen bei den öffentlichen Einnahmen und Ausgaben an. „Jahrelang ging man von ständig steigenden Einnahmen aus, nun hat sich der Wind gedreht: die Zentralverwaltung gibt 1,2 Milliarden € mehr aus als sie zur Verfügung hat, das ist mehr als sämtliche Unternehmen an Steuern zahlen und nur etwas weniger als an Lohnsteuer in die Kassen fließt“, beschrieb Handelskammerpräsident Michel Würth bei einer gestrigen Pressekonferenz die wachsende, vertrauenszerstörende Manövrierunfähigkeit des Staates.

„Vage Lösungspisten“ von Regierungsseite

Da sowohl Premier Juncker in seiner Erklärung zu den Regierungsprioritäten als auch Budgetminister Frieden bei der Vorstellung der Eckdaten der Gesetzesvorlage zum Haushalt 2006 (in dem die Handelskammer übrigens eine seriöse Analyse des TVA-Einbruchs vermisst, obwohl Steuerexperte Jeannot Krecké, heute Wirtschaftsminister, schon 1997 eine Studie darüber anfertigte) es an klaren Strategie-

vorhaben zur künftigen Absicherung des Budgetgleichgewichts hatten mangeln lassen und man der Wettbewerbsfähigkeit zuliebe weder an der Steuerschraube drehen, noch die öffentlichen Investitionen zurückfahren kann, wagt sich die Handelskammer nun vor. Als kurzfristig einsetzbares Hauptgegensteuerungsinstrument schlägt sie die Desindexierung der öffentlichen Ausgaben vor, die bereits seit Jahren aufgrund der gesetzlich festgelegten Automatismen aus dem Ruder liefen. Diese Indexneutralisierung sei außerdem eine wichtige Maßnahme zur Inflationsregulierung, fügte Würth bei.

Die Handelskammer hat bei der Vorstellung ihrer Ideen eine Art politische Kosten/budgetäre Nutzenrechnung vollzogen. So wäre die Desindexierung der Staatsausgaben als Dämpfungsfaktor für Ausgaben sehr effizient, politisch jedoch schwer durchsetzbar, weil sozialpolitisch äußerst brisant. Das gleiche gilt für die Einführung einer maximalen Indexbranche bis 1,5 Mal den Mindestlohn, eine grundlegende Verwaltungsreform (inklusive natürlich eine rigorose Überprüfung der Funktionsweise des Arbeitsamts), die Reform der Pflegeversicherung oder die Abschaffung der so genannten „Mammerent“, deren

Kosten in der Haushaltsvorlage 2006 bekanntlich mit 80 Millionen € veranschlagt sind, eine Verdopplung gegenüber dem Budgetprojekt 2005.

Leichter durchzusetzen, jedoch äußerst wirksam, seien da schon die Förderung der so genannten „Public Private Partnerships“ - die Regierung möchte dieses kostensparende Kooperationsmodell nun bekanntlich anhand von Bauprojekten für Schulen testen - die effiziente Reorganisation der öffentlichen Forschung, der Ausbau der privaten Krankenversicherung sowie eine Reform der Beihilfen beim Wohnungsbau.

Als politisch einfache jedoch haushaltstechnisch schwache Beiträge zur Kostenkontrolle wertet die Handelskammer schließlich bereits angekündigte Maßnahmen wie die Verteuerung des Reisepasses, die Erhöhung der Preise im öffentlichen Transport sowie bei Betreuungsstrukturen für Kinder.

Die Handelskammer fordert nun den politischen Mut von Regierung und Sozialpartnern, in diese Richtung zu ziehen und der Verschlimmerung einer Situation, die bislang noch nicht alarmierend sei, aber konkrete und vor allem schnelle

Maßnahmen erfordere, wirksam entgegen zu wirken.

Privatbeamtenkammer warnt vor Schwarzmalerei

Neben dem Gutachten der Handelskammer (www.cc.lu) zum Budget 2006, liegen ebenfalls jene des Staatsraats (www.etat.lu/CE), der Zentralbank (www.bcl.lu), des Rechnungshofs (www.cour-des-comptes.lu), der Handwerkskammer (www.cdm.lu) sowie der Privatbeamtenkammer (www.cepl.lu) vor. Letztere warnt vor Schwarzmalerei angesichts guter Konjunkturaussichten für Luxemburg und einer Haushaltslage, die zu einer „Austeritätspolitik“ keinen Anlaß gebe, schon gar nicht in Bezug auf die Sozialtransfers, die ein wichtiges Element zum Erhalt des sozialen Friedens darstellten. Die CEPL wundert sich angesichts der vermeintlich klammen Kassen über die Abschaffung der Vermögenssteuer (22 Millionen Euro), während die Handelskammer das eher als Standortvorteil wertet. In den Gutachten spiegeln sich demnach die verschiedenen Blickwinkel der Sozialpartner, die nun auch in den „Tripartite“-Sitzungen über die Reformvorschläge befinden müssen.

